

## NACHRICHTEN

## Kampagne "Steuer gegen Armut" begrüßt Seehofers Unterstützung

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" hat Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) begrüßt, Finanzspekulationen künftig zu besteuern. Es sei erfreulich, dass sich nun auch die CSU-Leitung in die laufenden koalitionsinternen Auseinandersetzungen um die Finanztransaktionssteuer einschalte, sagte der Koordinator der Kampagne, der Jesuitenpater Jörg Alt.



Bisher sei der Offene Brief der Initiative an die Bundesregierung nur von einem einzigen Unionsabgeordneten mitunterzeichnet worden.

Seehofer hatte in der neuen Ausgabe des Hamburger Magazins "Der Spiegel" gefordert, zum Ausgleich der Lasten der Finanzkrise neue Steuern einzuführen. Derzeit lasse er von seinen Beamten prüfen, welche Form eine Finanztransaktionssteuer annehmen könne. Es gehe dabei "auch darum, diejenigen an der Bewältigung der Krise zu beteiligen, die zuvor zu ihrer Entstehung beigetragen haben", so Seehofer.

Auch der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission und Europa-Parlamentarier, Manfred Weber, sieht Seehofers Initiative positiv. Eine solche internationale Steuer wäre eine Teilantwort auf die Gerechtigkeitsfrage. Damit würden vor allem das kurzfristige Spekulieren und Zocken reguliert, für seriöse langfristige Anleger wäre die Steuer dagegen kaum eine Belastung. Bundesregierung und EU seien nun gefordert, eine internationale Diskussion anzustoßen.

Die Petition für eine Finanztransaktionssteuer wurde von mehr als 40.000 Unterschriften online und weiteren Zehntausenden per Brief und Fax unterstützt. Der Bundestag muss sich daher 2010 in einer öffentlichen Verhandlung mit dem Thema auseinandersetzen.

Unterstützt wird die Kampagne von einem breiten Bündnis katholischer und evangelischer Hilfswerke mit den Gewerkschaften. Auch die Pax Bank und das globalisierungskritische Netzwerk Attac Deutschland gehören dazu.

Die Äußerungen Seehofers sind für Alt auch ein Zeichen dafür, dass die Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile der Steuer in der Regierungskoalition voll entbrannt sei. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich im Wahlkampf dafür ausgesprochen, die FDP ist jedoch dagegen. Die Kampagne "Steuer gegen Armut" schlägt einen Steuersatz zwischen 0,1 und 0,01 Prozent auf kurzfristige Spekulationen vor, etwa auf Rohstoffpreise.

[<<< zur Übersicht](#)